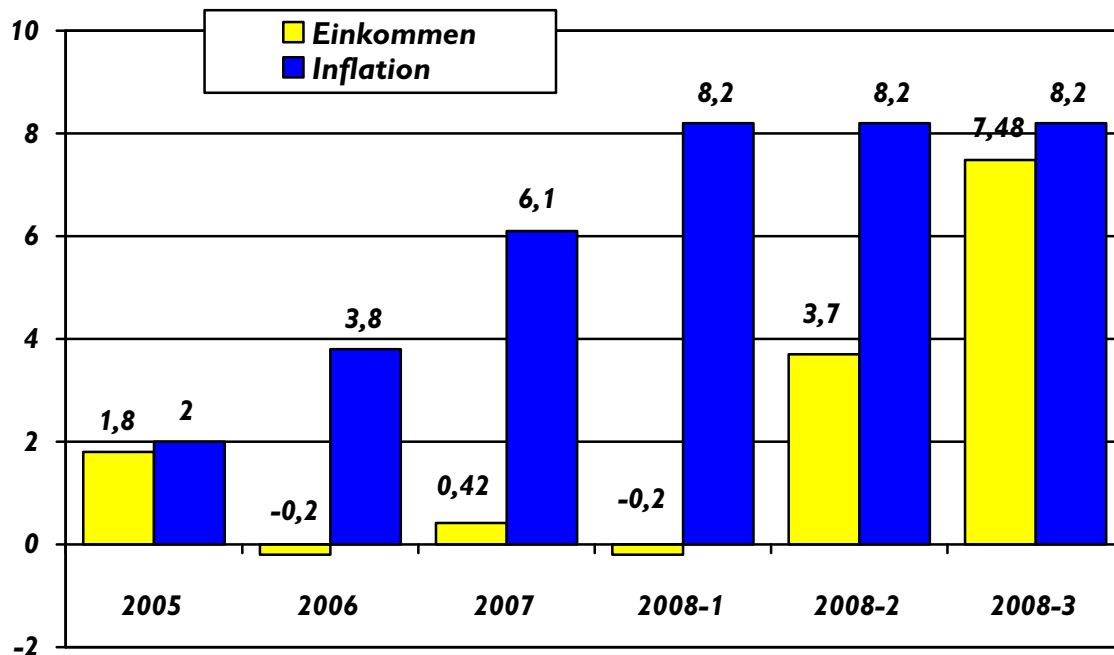


Entwicklung der Jahreseinkommen einer Erzieherin im kommunalen Dienst unter Berücksichtigung von Arbeitszeitverlängerungen und im Vergleich zur Inflationsrate, jeweils bezogen auf das Jahr 2004.¹



Die Grafik zeigt die prozentuale Entwicklung der Jahreseinkommen einer Erzieherin in BAT Vc, Stufe 9 (Endstufe)/TVöD EG 8 im öffentlichen Dienst in den Jahren 2005 bis 2008 jeweils bezogen auf das Jahr 2004.

Dem jeweiligen Jahreseinkommen wird die jeweilige Inflationsrate gegenübergestellt. Für 2008 wird eine Inflationsrate von 2 % unterstellt.

Im Jahr 2005 erfolgt die Überleitung von BAT in den TVöD.

Die Erhöhung der Arbeitszeit von 38,5 auf 39 Stunden im Laufe des Jahres 2006 wird beim Jahreseinkommen mit einem Abschlag von 1 % berücksichtigt. Da diese Arbeitszeiterhöhung 2007 voll wirksam wurde, ergibt sich in 2007 ein Abschlag von 1,3 %.

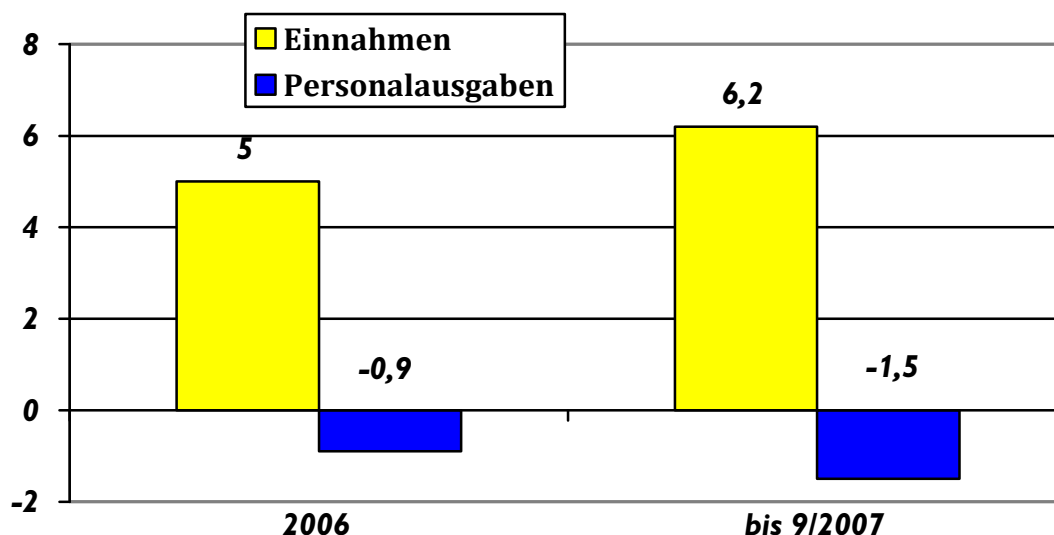
Bei den Werten für 2008 werden folgende Szenarien unterstellt:

- 2008-1: Die Arbeitgeber erhöhen die Einkommen um 2,9 % und die Arbeitszeit auf 40 Stunden.
- 2008-2: Die Gewerkschaften setzen 4,2 % Gehaltssteigerungen durch ohne Arbeitszeiterhöhung.
- 2008-3: Die Gewerkschaften setzen 8 % Gehaltssteigerungen durch ohne Arbeitszeiterhöhung.

Diese Grafik zeigt, dass selbst die Durchsetzung der 8%-Forderung durch die Gewerkschaften den Reallohnverlust der Zeit seit 2004 nicht ausgleichen könnte.

¹ Angaben zur Inflationsrate vom Statistischen Bundesamt, Einkommensentwicklung eigene Berechnungen.

Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Personalausgaben 2006 und 2007 (in Prozent).²



Die Einnahmen der Kommunen haben sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Gleichzeitig sind die Ausgaben für Personal geschrumpft. Dies eröffnet Handlungsspielräume in Richtung Tariferhöhungen in der Tarifrunde 2008.

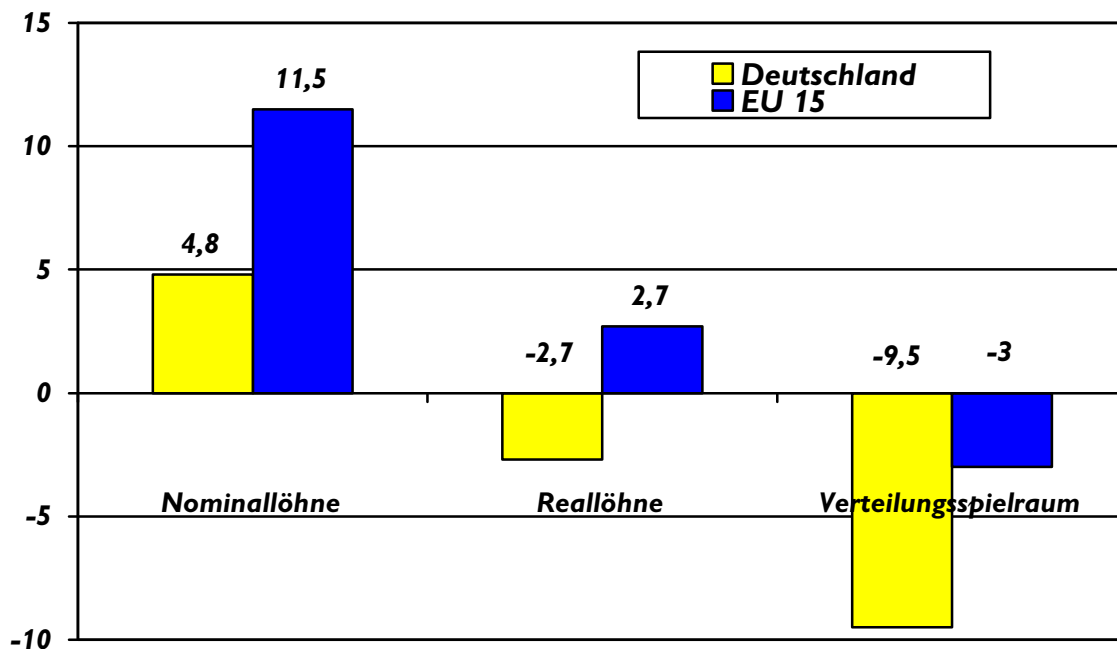
Anmerkung: Anders als in der Privatwirtschaft lassen sich die Personalkostensteigerungen durch steigende Tarife im öffentlichen Dienst nicht einfach als reine Kostensteigerung isoliert betrachten. Gegenzurechnen sind Kostenentlastungen bzw. Mehreinnahmen, die durch die Tarifsteigerungen ausgelöst werden.

Eine Erzieherin der Entgeltgruppe 8 Stufe 6 mit einem Bruttogehalt von 2493 Euro erhält bei einer Gehaltssteigerung von 5 % ca. 124 Euro brutto mehr Einkommen. In der Steuerklasse III hat sie dann ein um ca. 61 Euro höheres Nettoeinkommen. Sie bezahlt ca. 37 Euro mehr Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag sowie Kirchensteuer. Diese Gelder fließen überwiegend wieder in die öffentlichen Haushalte, aus denen die Gehälter ja finanziert werden. In der Steuerklasse V bleiben der Erzieherin netto sogar nur 34 Euro übrig. Genau die Hälfte der 124 Euro Gehaltserhöhung fließt in Form von Steuern wieder zurück. Außerdem steigen natürlich mit jeder Tariferhöhung auch die Abgaben für die Sozialkassen. Zumindest bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung führt dies über einen reduzierten Zuschussbedarf durch die öffentlichen Kassen an die Kranken- und Arbeitslosenversicherungen zu einer Entlastung.

Fazit: Weit mehr als die Hälfte einer Tariferhöhung im öffentlichen Dienst finanziert sich bezogen auf den gesamten öffentlichen Sektor selbst.

² Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilungen vom 21.3.2007 und 19.12.2007.

Einkommensentwicklung in Deutschland und in der EU 15 von 2004 bis 2007³

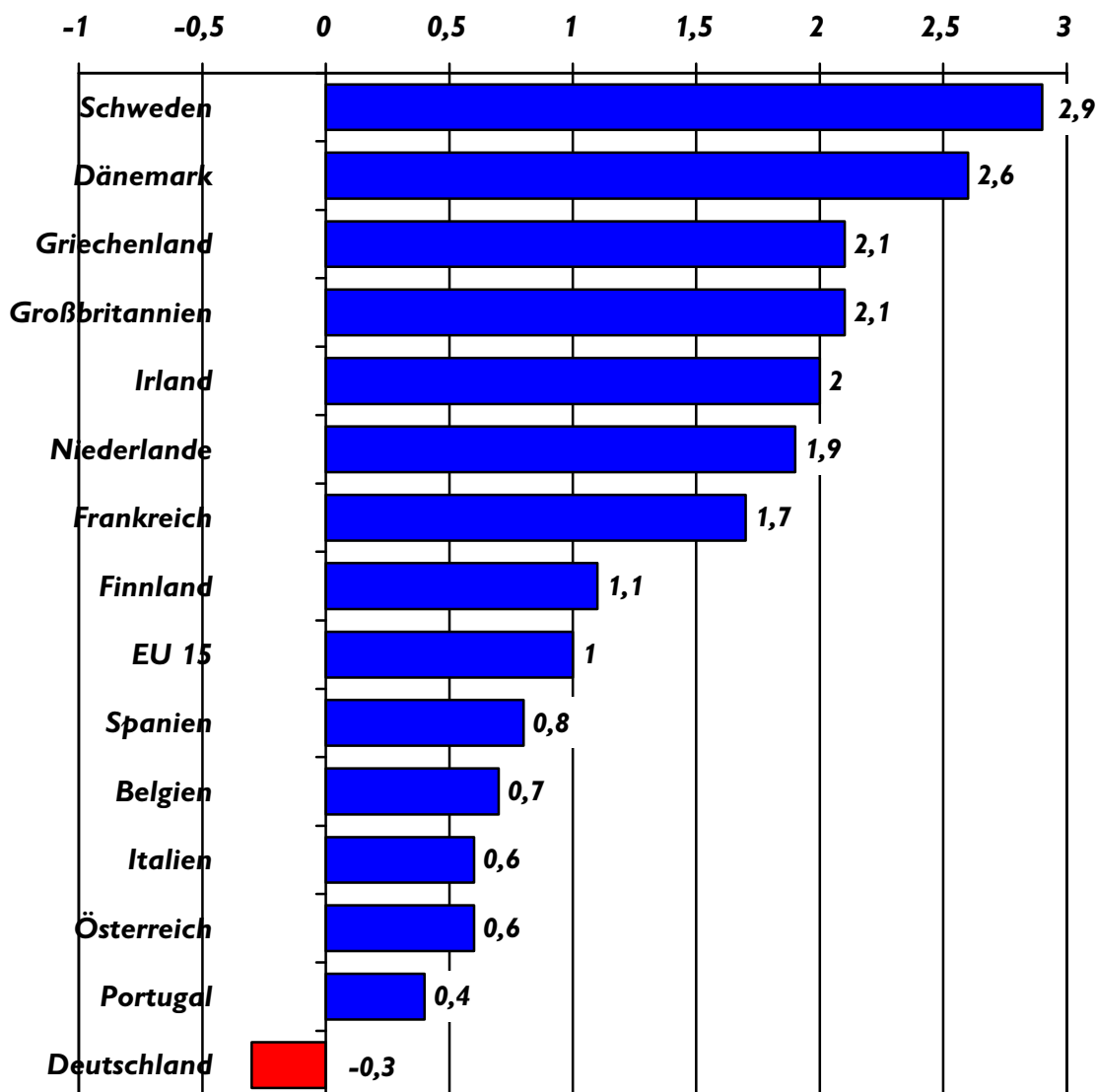


Gegenüber 2003 haben sich die Einkommen in der Europäischen Union (ohne neue osteuropäische Mitgliedsländer) nur verhalten positiv entwickelt. Zwar konnten die Nominallöhne um 11,5 % zulegen, nach Abzug der Inflationsrate blieben jedoch lediglich 2,7 % real übrig. Der so genannte lohnpolitische Verteilungsspielraum konnte nicht ausgeschöpft werden. Dieser Verteilungsspielraum ergibt sich aus der Summe aus Produktivitätssteigerung und Preisentwicklung. Nach gängiger Ausfassung können die Arbeitseinkommen im Rahmen dieses Spielraums steigen, ohne die Verteilungsrelationen zwischen Arbeitseinkommen und Kapital-/Vermögenseinkommen zu ändern und ohne einen zusätzlichen Teuerungsschub auszulösen.

Deutschland hinkt bei der lohnpolitischen Entwicklung – wie bereits die Jahre zuvor – weiter hinterher. Die Reallöhne sind seit 2003 um 2,7 % gefallen. Hätten es die Gewerkschaften geschafft, den Verteilungsspielraum auszuschöpfen, hätten die Einkommen um über 9 % mehr steigen müssen.

³ Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI 2006/2007. In: WSI-Mitteilungen 9/2007, Seite 475 bis 481 (mit eigene Berechnungen). Für 2007 wurden Schätzungen auf der Basis der vorliegenden Zahlen vorgenommen

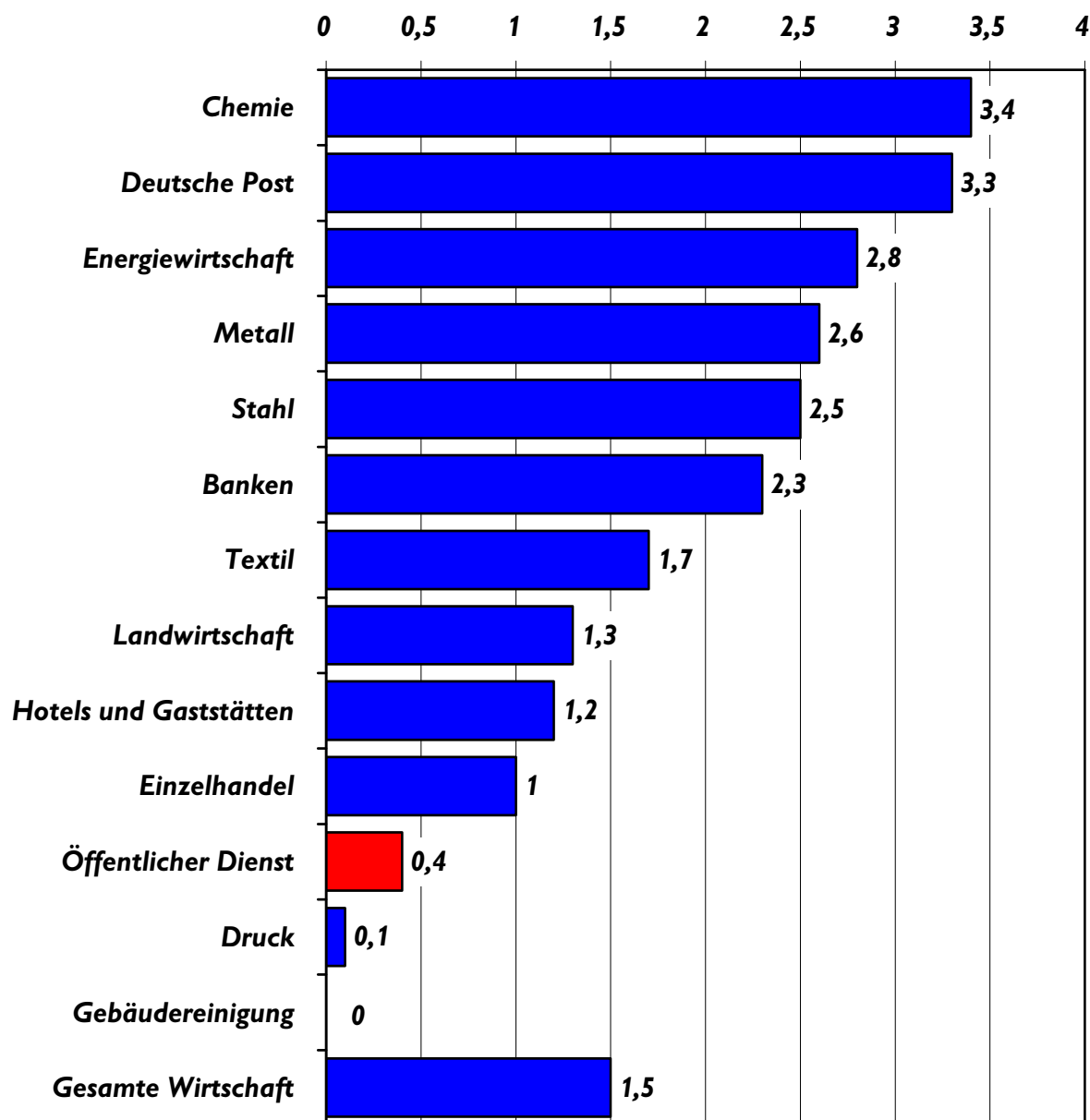
Voraussichtliche Reallohnentwicklung in der Europäischen Union (EU 15) in 2007⁴



Die negative Bilanz der Reallohnentwicklung in Deutschland hat sich wohl auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Trotz teilweise erfreulich hoher Tarifabschlüsse zum Beispiel in der Metallindustrie wird es unter dem Strich wieder einen Reallohnverlust geben haben. Mitverantwortlich hierfür ist die Entwicklung im öffentlichen Dienst, wo es auch im vergangenen Jahr außer einer Einmalzahlung und der Einführung einer einprozentigen Leistungsvergütung wieder praktisch keine Einkommenserhöhungen gegeben hat. Es gibt also viele gute Gründe, für die Einkommensrunden 2008 und 2009 eine überdurchschnittliche Erhöhung der Einkommen im öffentlichen Dienst anzustreben.

⁴ Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI 2006/2007. In: WSI-Mitteilungen 9/2007, Seite 475 bis 481

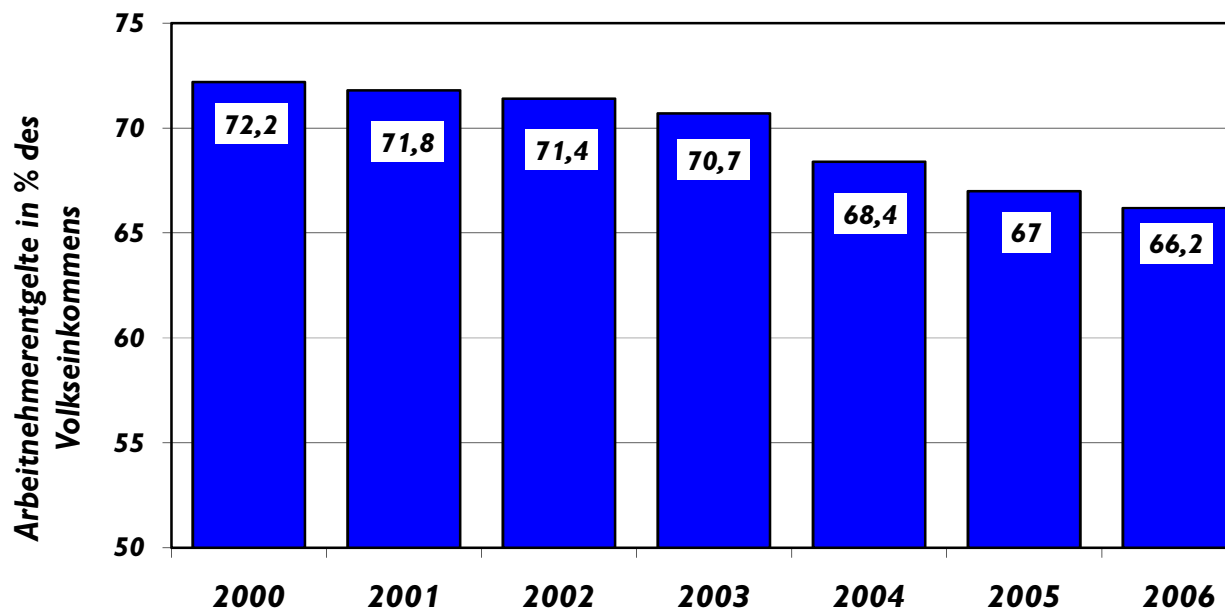
Lohn- und Gehaltssteigerung nach Branchen im Jahr 2006⁵



Die Einkommenssteigerungen waren in den vergangenen Jahren in Deutschland im internationalen Vergleich sehr gering. Innerhalb der Branchen in Deutschland fällt der öffentliche Dienst noch einmal erheblich zurück. Diese Entwicklung hält seit vielen Jahren an.

⁵ Quelle: WSI/Frankfurter Rundschau, 6.2.2007

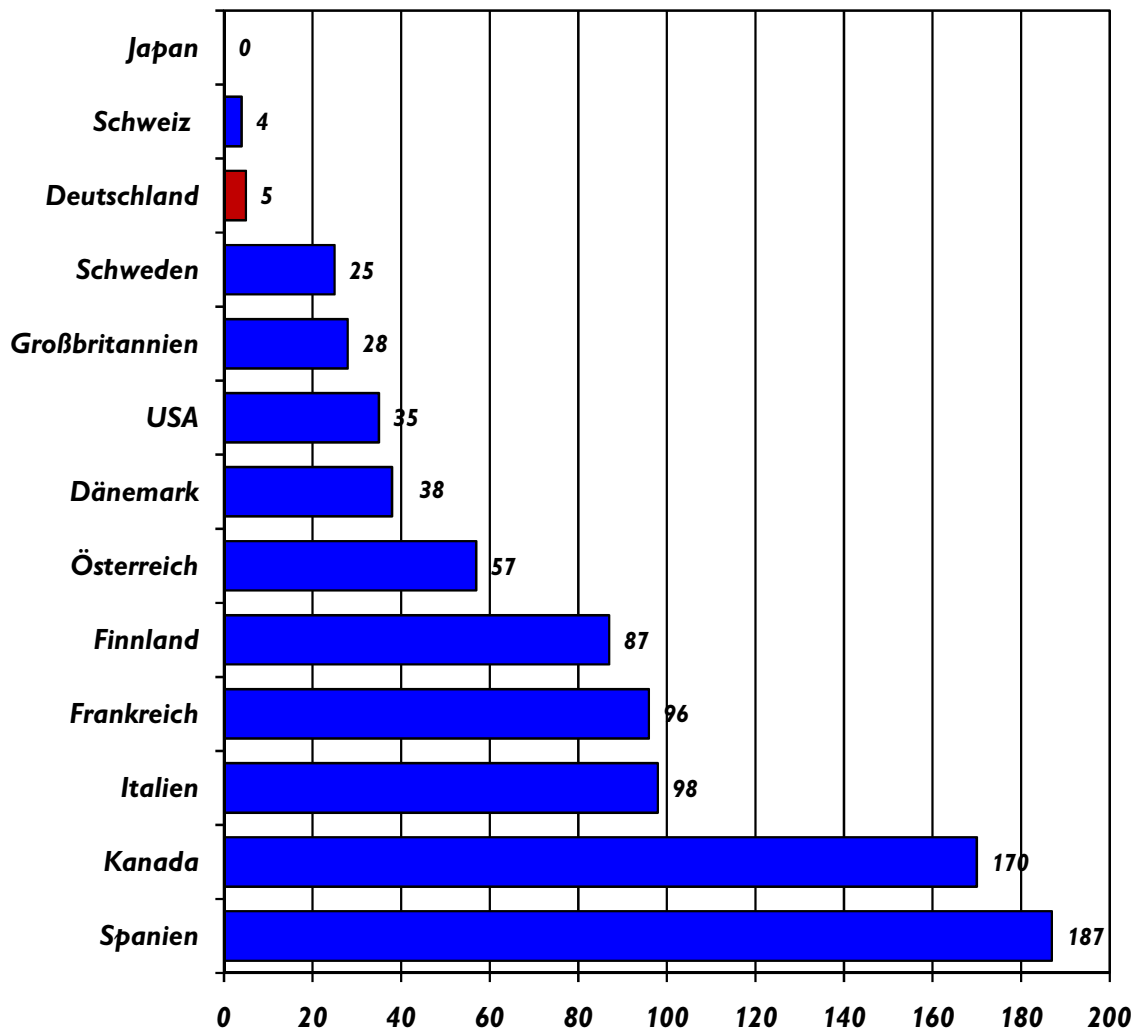
Entwicklung der Lohnquote in Deutschland 2000 bis 2006⁶



Der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen geht beständig zurück. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass es den Gewerkschaften in Deutschland nicht mehr gelingt, den Verteilungsspielraum auszuschöpfen. Liegen die Einkommenserhöhungen unterhalb der Summe aus Inflationsrate und Produktivitätswachstum, kommt es zu einer Umverteilung zugunsten der Kapital-/Vermögenseinkommen.

⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt/Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2007, Seite 67

Deutschland bei Streiktagen nahezu Schlusslicht – Ausgefallene Arbeitstage durch Streik 2000 bis 2006 pro Tausend Arbeitnehmer⁷



Deutschland gehört auch nach den „massiven“ Streiks im öffentlichen Dienst im Jahr 2006 zu den Schlusslichtern bei den Streikausfalltagen im internationalen Vergleich.

⁷ Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft/Frankfurter Rundschau 2. Januar 2008